



# Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt 1.50 Mark für das Vierteljahr ohne Dringerversand.

Inserate müssen bis Montag mittag in unserer Expedition aufgegeben sein. Der Anzeigenpreis beträgt 35 Bsp. für die gespaltene Zeile. Der Betrag ist im voraus zu entrichten.

Nr. 1

Sonntag, den 5. Januar

1919

## Gelbe Statistikkarten

sind versandt. Wir bitten dringend, die Karte pünktlich und vollständig ausgefüllt einzusenden.

Als Zähltag ist der 28. Dezember zu nehmen. Einzusenden sind die Karten bis spätestens 10. Januar 1919. Diejenigen Zahlstellen, die keine Karten erhalten haben sollten, müssen dies sofort dem Vorstand mitteilen.

Beachtet die Fragen Nr. 9 und 10 auf der vorderen Seite der Karte!

Die diesmaligen Angaben gebrauchen wir zur Bearbeitung für das Statistische Amt und auch für die Generalkommission. Es darf uns also bei der Ausfüllung keine Karte fehlen. Der Vorstand.

## An die Mitglieder!

Letzter haben sich hier in Bremen Dinge zugetragen, die es uns unmöglich machten, den Mitgliedern die Nr. 52 des Tabak-Arbeiter zu liefern. Am Sonnabend, den 21. Dezember 1918 wurde unsere Druckerei im Auftrage des hiesigen Arbeiter- und Soldatenrats mit Waffengewalt ihren Inhabern, der Firma Schmied & Co., abgenommen und in den Besitz des Arbeiter- und Soldatenrats übergeführt. Der Grund zu dieser Maßnahme liegt in der Haltung der Bürgerzeitung, des Organs der hiesigen sozialdemokratischen Arbeiterschaft; sie wehrte sich gegen die Spartakisten und trat im übrigen für die Einigung der Arbeiter ein.

Zum Protest gegen eine solche unerhörte Gewalt, aber auch, um mit unserem Druckauftrag nicht die Feinde der Gewerkschaftsbewegung zu stützen, haben wir uns im Interesse unserer Sache genötigt gesehen, sofort die Beziehungen zu den Gewaltmenschen abzubrechen. Wir werden für die Zukunft für die regelmäßige Herstellung in einer anderen Druckerei besorgt sein.

Der Verbandsvorstand.

## Alarm!

Der Ausgang des Krieges zwang Arbeiter und Unternehmer der Deutschen Tabakindustrie zur ernstesten Erwägung der Frage: Was nun? Unmöglich konnte das, was bisher maßgebend war hinsichtlich der Löhne und der Arbeitszeit, ferner gelten; man mußte sich mehr oder weniger den veränderten Verhältnissen anpassen auf der Grundlage der zwischen den Gewerkschaften und den deutschen Unternehmern getroffenen Abmachungen. Die drei Organisationen der Tabakarbeiter und -arbeiterinnen traten mit den Fabrikanten und ihren Organisationen zusammen, etwas Brauchbares zu schaffen. Für die Zigarettenherstellung haben die Abmachungen, die getroffen wurden, ihren Niederschlag gefunden in der Bekanntmachung der Mindener Zentrale vom 7. Dezember 1918. Beide, Arbeiter und Fabrikanten, glaubten, mit den Vereinbarungen die notwendigsten Vorbedingungen für eine zweckmäßige Ueberleitung in den Friedenszustand gefunden zu haben. Daß die Vereinbarungen, und mit die Mindener Bestimmungen nicht alles, was diese unglückselige Zeit mit sich bringt, beiseite ist nicht weiter zu verwundern; hält es doch schon normalen Zeiten schwer, es jedem recht zu machen. Aber es ist doch ein Weg, über das Schlimmste hinwegzukommen, und wenn auch Opfer getragen werden müssen, so läßt sich das mit dem besten Willen nicht vermeiden. So haben wir denn gehofft, daß die neuen Bestimmungen über die Löhne und die Arbeitszeit um so eher überall befolgt werden würden, als sich um Vereinbarungen zwischen Arbeiter und Fabrikanten handelt. Es scheint, als ob sich in Kreisen der Fabrikanten ernster Widerstand gegen die Mindener Bestimmungen geltend

Uns wird aus bestimmten Gegenden von unseren Mitgliedern berichtet, daß sich Fabrikanten gegen die Durchführung der Mindener Bestimmungen sträuben. Besonders liegen derartige Meldungen aus Süddeutschland vor. Wir wissen zunächst noch nicht, ob dieser Widerstand ein organisierter ist, oder ob er auf den Willen einzelner Fabrikanten zurückzuführen ist, aber wie dem auch sei, auf keinen Fall werden die Tabakarbeiter und ihre drei Organisationen Neigung haben, von den in den Mindener Bestimmungen niedergelegten Vereinbarungen irgend etwas preiszugeben. Es ist das erste Mal, daß in der deutschen Tabakindustrie solche kollektive Vereinbarungen zustande gekommen sind, und wenn das unter dem Druck der Verhältnisse geschah, so ist das erst recht ein Beweis für die Notwendigkeit derselben; wir können und werden es deshalb nicht dulden, daß sich Fabrikanten von diesen Vereinbarungen ausschließen.

Man denke sich einmal in die gegenwärtige Situation hinein, Alles fliehet, große Massen arbeitsfähiger Menschen liegen brach und haben keine Gelegenheit zur Arbeit; die Krüger lehnen heim und wollen Brot haben; und in diesem Zustande soll jeder Fabrikant tun und lassen dürfen, was ihm beliebt? Soll jeder machen können hinsichtlich der Löhne und des Arbeitsverhältnisses, was ihm gut dünkt? Das geht nicht, wenn es nicht zu ganz unsehrlichen Verhältnissen kommen soll. Zunächst sind bei dem Durcheinander die Tabakarbeiter die Leidenden, sie wissen nicht, woran sie sind und der Druck auf den Lohn wird ungeheuer. Aber auch die Fabrikanten, denen an halbwegs geordneten Zuständen gelegen ist, kommen bei einem allgemeinen Durcheinander in die Brüche und können, wenn sie ihrerseits durch entsprechende Löhne und Herabsetzung der Arbeitszeit zu erträglichen Verhältnissen beitragen wollen, ihren Pflichten nicht nachkommen. Was als dringend notwendig für das Gewerbe anerkannt wurde, mußte deshalb auch allgemein zur Durchführung kommen. Das diktierte auch die Mindener Zentrale eingesehen haben, als sie die Vereinbarungen zu einer Bekanntmachung gestaltete und sie so zur Durchführung zu bringen die Absicht hatte.

Es könnte einzelnen Fabrikanten oder Fabrikantengruppen so passen, ihrerseits sich um die Vereinbarungen, bzw. die Mindener Bestimmungen nicht zu kümmern, die Situation auszunutzen und die Löhne nach ihrem Willen zu gestalten, d. h. herunterzudrücken. Die Tabakarbeiter würden den Kürzeren dabei ziehen, zumal auch jene Fabrikanten, die bereit sind, den Vereinbarungen nachzukommen, schließlich aus Konkurrenzrücksichten gezwungen wären, ebenfalls zurückzutreten. Daß besonders die süddeutschen Fabrikanten nicht in der Lage sein sollten, den Vereinbarungen nachzukommen, ist nicht anzunehmen, denn gerade die geringen Löhne Süddeutschlands haben den dortigen Fabrikanten zu Gewinnen verholfen, die ihnen sehr wohl die Durchführung der Vereinbarungen erleichtern. Sonderbarerweise sind es nicht gerade leistungs-fähige Firmen, die sich der Durchführung widersetzen.

Was gegen den Widerstand der Fabrikanten gegen die Vereinbarungen seitens der Tabakarbeiter zu tun ist, kann nicht zweifelhaft sein. Wir haben die Tabakarbeiter und -arbeiterinnen bereits aufgerufen, überall für die prompte Durchführung der Mindener Bestimmungen zu sorgen. Wir fordern nochmals dazu auf und erziehen, alle Energie dafür anzuwenden. Es ist ganz selbstverständlich, daß die drei Tabakarbeiterverbände ihrerseits alles anbieten werden, den Mindener Bestimmungen die Durchführung zu verschaffen. Jene Fabrikanten, die glauben, jetzt aus der Reihe n, wird bedenklich werden, daß die Tabakarbeiter werden jetzt am allerwenigsten Mittel zurückschrecken.

In diesem Artikel die Ueberschrift: Alarm! n, so hat das seinen wohlüberlegten Grund. Es ist nötig, daß die Tabakarbeiter wissen, daß sie in der Lage sind, Vereinbarungen, die für getroffen worden sind, Geltung zu verschaffen. In dieser Zeit glaubt, sich Seitenansprüche an müssen, verdient keinerlei Rücksicht und soll unteren, wenn es anders kommt, als er es sich

abkarbeiter und -arbeiterinnen, halbtägig, fordert ernsthaft überall die Durchführung der Vereinbarungen, bzw. der Mindener Bestimmungen! Die Arbeiter unter den Fabrikanten bezwungen werden. Seid auf dem

## Das Proletariat unter der Diktatur.

Von R. Schmidt.

Nachdem das alte Regime mit seiner so lang gehüteten Herrschaft der Zunterlaste und des Großkapitals versunken ist, hat sich hoffnungsvoll der Ausblick eröffnet für die Entwicklung eines freiheitlichen demokratischen Volksstaates. Wie nicht anders zu erwarten, ist in der kurzen Zeitpanne manches nicht so geordnet, wie es den Interessen der Allgemeinheit dienlich wäre. Aber es ist hohe Zeit, daß wir nunmehr dahin drängen, eine Klarheit und Sicherheit des Ziels festzusetzen, wie der neue Aufbau gestaltet sein muß. Es zeigen sich gegenwärtig Mängel, die auf die Dauer eine ernste Gefahr bilden für das neue Staatsleben, und was viel schlimmer ist, es gelangen Bestrebungen zur Geltung, die nicht zum Nutzen, sondern zum Schaden des Proletariats sind.

Ein Blick auf die Organisation unserer Nahrungsmittelversorgung läßt erkennen, daß wir leider hier nicht zu einer Zentralisation der Verwaltung, sondern zu einem Durcheinander kommen, das, wenn weiter dieser Weg innegehalten wird, die schon vorhandenen Schwierigkeiten noch vergrößert. Wir haben uns seinerzeit gegen die Absperzung einzelner Kommunalverbände in der Lebensmittelversorgung gewandt und hervorgehoben, daß Deutschland bei seiner unterschiedlichen wirtschaftlichen Konstellation den einen Bezirk als Ueberlieferungsgebiet für die Nahrungsmittelversorgung braucht, um dem anderen das Fehlende zu geben. Was die Landräte aufgegeben haben, wird in einigen Bezirken von den Arbeiter- und Soldatenräten mit größerem Eifer wieder aufgenommen. Unausgeseht müssen Bemühungen einsetzen, um die Beschlagnahme von Mehlbeständen in den Mühlen zu verhindern. Nicht die Zentrale, die Reichsgetreidestelle oder das Reichsernährungsamt haben zu entscheiden über das, was der einzelne Bezirk zu erhalten hat, sondern der Arbeiter- und Soldatenrat befindet darüber. Das ist so weit gegangen, daß man die Mehllieferungen nicht nur am Aufgabort, sondern auch unterwegs ein-, auch zweimal aufhielt. Auf Weisung des Arbeiter- und Soldatenrats wurde die Entladung der Transporte verfügt, und wenn dann nach vielen Bemühungen die Freigabe erreicht war, erlebte man, daß an einer anderen Stelle erneut der Transport ins Stocken geriet. Gegenwärtig, ganz abgesehen davon, daß von der schnellen Belieferung der Bedarfsbezirke unendlich viel abhängt, verschwenden wir durch diese Eingriffe in unerhörter Weise Transportmaterial, denn jede Störung nimmt das so nötige Transportmaterial länger in Anspruch, als es unbedingt notwendig ist.

Unklarheit herrscht auch noch über die Regelung der Arbeitsverhältnisse in den Betrieben. Die Regierung hat durch ihre Bekanntmachung den Nachmittagsurlaub verfügt und seine Durchführung spätestens am 1. Januar 1919; vom Standpunkt der Arbeiter ein sehr erfreulicher sozialpolitischer Fortschritt. Was ist nun aus dieser Anordnung geworden? In einigen Betrieben, die mit der Herstellung wichtiger Nahrungsmittel betraut sind, ist sofort, ohne Rücksicht darauf, ob Arbeitskräfte vorhanden sind, der Nachmittagsurlaub eingeführt, die Einrichtung von Wechselwachen unterjagt worden. Die Folge ist, daß in solchen Betrieben die Herstellung von Nahrungsmitteln, Mehl, Zucker stark reduziert wurde, während wir dringend die volle Ausnutzung der Betriebe bedürfen, da die Produktion weit im Rückstand ist. Nur schwer ist es gelungen, diese Maßnahmen nach und nach rückgängig zu machen und damit die Betriebe, die vorübergehend ihre Leistungen auf ein Minimum herabsetzten, wieder voll in Betrieb zu bringen.

Die Vermittlung der Gewerkschaften, die unter dem alten Regime immerhin noch mächtig war, wird jetzt an einigen Stellen geradezu ausgeschaltet, weil dort in den Versammlungen der Soldatenräte Leute das Wort führen, die nie einer Organisation angehört und von den Aufgaben auf wirtschaftlichem Gebiet keine rechte Vorstellung haben. Der Kampf, den die Gewerkschaften geführt haben um Anerkennung ihrer Interessen, wenn die Dinge so weiter gehen, sitzen unter der Herrschaft des neuen Regimes neu aufzubauen, denn man gewinnt dadurch und dort nur noch die Anerkennung von diesen Ueberständen, macht man una, daß bei vielen jedes Verständnis Wert ein einheitliches Staatsgebilde



für unser Wirtschaftsgeschehen hat, verloren geht. Wir beklagen die Zerrissenheit Deutschlands vor dem Zusammenschluß zu einem einheitlichen Bundesstaat, der allerdings auch noch seine Sonderrechte und partikularistischen Klüden und Tüden zur Genüge hatte. Allein nie hat sich die Sozialdemokratie die Entwicklung nach aufwärts anders gedacht, als daß aus diesem zerrissenen deutschen Staatengebilde der einheitliche Staat stärker und kräftiger entstehen muß. Aber was nehmen wir wahr? Bayern droht mit der Loslösung vom Reich. In Schlesien kündigen Parteigenossen an, sie werden die Zufuhr aus dem Kohlengebiet uns sperren; die Rheinländer glauben ihr Heil zu finden in der Loslösung vom Ganzen, und schließlich spielt man auch im Norden mit dem Kleinstaatengebilde in neuer, nicht gerade imponierender Macht. Wenn man auch diese Pläne und Drohungen nicht allzu tragisch zu nehmen braucht, weil Deutschland das einheitliche Wirtschaftsgebiet braucht und ins Verderben rennt, wenn es anders läme, so bleibt ein deprimierendes Gefühl übrig, daß diese politische Effektivität einen Anstoß finden kann. Dieses Durcheinander muß in der Uebergangszeit zu den schwersten Erschütterungen führen, die wiederum in ihrer Wirkung niemand schwerer treffen als die Arbeiterklasse selbst. Wie sollen wir unser zerrüttetes Wirtschaftsgebilde wieder aufbauen, wenn wir zu dem Anarchismus der Autonomie der Gemeinden kommen. Die Sozialdemokratie hat die anarchischen Theorien, die die Gemeinde als selbständiges Gebilde im Staat und unabhängig vom Volksganzen zu gestalten trachteten, stets bekämpft, weil ein hochentwickeltes Wirtschaftsgebilde nicht auf der Zerrissenheit der einzelnen Landesteile, nicht auf ihrer aneingeschränkten politischen Herrschaft, ihrer gegenseitigen Konkurrenz, sondern auf der Einordnung zu einem großen Ganzen beruhen muß.

Weiter muß Klarheit über die Stellung der Gewerkschaftsbewegung vorhanden sein. Soll sie ausgeschaltet werden, wie es von der bayerischen Regierung unternommen wird und wie an anderen Orten die Arbeiter- und Soldatenräte unternommen, die, ohne die Gewerkschaften zu hören, ohne eine Verhandlung der Unternehmer mit den Gewerkschaften zuzulassen, über die Arbeitsbedingungen verfügen, so bedeutet das, daß die bisher anerkannten Gewerkschaftsorganisationen, die auf demokratischer Grundlage aufgebaut sind, auf ein Minderrecht herabgedrückt werden, als sie es unter dem alten System besaßen. Das wäre eine Diktatur, die sich gegen das Proletariat und seine anerkannten Organisationen wendet.

## Ist die Tabakindustrie reif zur Sozialisierung?

Im allgemeinen wird man sich auf den Standpunkt stellen, daß nur die Industriezweige reif für Sozialisierung sind, in denen der Großbetrieb vorherrschend, in denen die Maschine der tonangebende Faktor ist. Beides trifft auf die Tabakindustrie nicht zu. Aber werden diese Vorbedingungen in unserem Gewerbe jemals gegeben sein? Schwerlich. Und doch wird die Sozialisierung auch vor der Tabakindustrie nicht haltmachen können und wollen. Wir stehen wohl alle auf dem vernünftigen Standpunkt, daß in dieser Beziehung nichts verderblicher wirkt, als Ueberspürzung. Das hindert uns indes nicht, die Frage genau zu prüfen, ob eine baldige oder sofortige Vereitigung der privatkapitalistischen Wirtschaftsweise im Tabakgewerbe möglich ist. Wer die Tabakfabrikation einigermaßen kennt und die Erfahrungen der Kriegszeit zur Hand nimmt, wird diese Frage nicht ohne weiteres verneinen. Wir haben gesehen, daß der Staat den Ein- und Verkauf des Rohtabaks in die Hand genommen, durch die Errichtung der Kriegszentrale für Tabakfabrikate den Verschleiß der Tabakfabrikate in die Wege geleitet hat.

Ist das nicht ein gangbarer Weg zur Sozialisierung unseres Gewerbes? Ich sagte ausdrücklich: durch die Errichtung der Kriegszentrale ist der Verschleiß der Tabakfabrikate in die Wege geleitet worden. Selbstverständlich müßte hier noch vieles verbessert und ausgebaut werden. Ich kann mir aber tatsächlich einen leichteren und gangbareren Weg der Vergesellschaftung unserer Industrie nicht denken. Es könnte das natürlich zunächst nur eine teilweise Vergesellschaftung sein, da ja die Fabrikanten einseitigen im Besitz ihrer Betriebe bleiben würden. Der Staat würde sich zunächst nur ein zuverlässiges Kontrollrecht und, was jedenfalls im gegebenen Augenblick nicht zu unterschätzen ist, eine sofortige verhältnismäßig ergiebige Einnahmequelle sichern. Man überlege: der Staat behält den Ein- und Verkauf des Rohtabaks fest in der Hand; die Zentrale für den Verkauf der Tabakfabrikate bleibt bestehen und wird ausgebaut. Jeder Fabrikant bekommt sein monatliches Kontingent, über das hinaus er nicht fabrizieren darf. Alle Fabrikate sind an die Zentrale abzuliefern. Jeder Händler ist gezwungen, alle Tabakfabrikate von der Zentrale zu beziehen. Auf diese Weise wird der Staat der Notwendigkeit entzogen, Fabriken und Verkaufsstellen zu errichten. Er währt sich einfach ein scharfes Kontrollrecht, wodurch einmal schon aller Wucher sofort unterbunden werden kann. Zum anderen aber wird der Staat auch ein zuverlässiges Kontrollrecht in bezug auf die Löhne und die sonstigen Arbeitsbedingungen ausüben können.

Die Lage der Tabakarbeiter ist verzweifelt. Bleibt in unserem Gewerbe die kapitalistische Wirtschaftsweise noch länger unbeschränkt bestehen, dann ist eine Verbesserung unserer Lage nicht mehr zu erwarten. In keinem Industriezweig sind die Vorbedingungen für die Erhaltung der Kleinbetriebe so günstig, als in dem unseren, d. h.: in keinem Industriezweig wird in absehbarer Zeit ein so wilder Konkurrenzkampf auf Kosten der Arbeitelöhne entbrennen, als in dem unseren.

Aus diesem Grunde haben wir Tabakarbeiter alle Ursache, der baldigen Einleitung der Sozialisierung der gesamten Tabakindustrie, die m. E. durchaus im Bereich der Möglichkeit liegt, die größte Aufmerksamkeit zu schenken.

**Anmerkung der Redaktion:** Kollege Reimer hebt die Frage der Sozialisierung der Tabakindustrie doch von einem reichlich engen Gesichtspunkt an. Wenn man von Sozialisierung spricht, so denkt man doch offenbar an eine Vergesellschaftung der Produktionsmittel, an eine Vergesellschaftung der ganzen Erzeugung. Was Kollege Reimer aber verlangt, ist eine Art Monopolisierung auf kapitalistischer Grundlage unter Staatskontrolle. Der Staat selbst produziert nach dem Vorschlage Reimers nicht, sondern liefert den Rohstoff und sorgt für den Verschleiß. Worauf es bei der Sozialisierung ankommt, die Produktion der Waren, bleibt in privaten Händen. Kollege Reimer sieht in dieser Einrichtung eine verhältnismäßig ergiebige Einnahmequelle für den Staat. Das trifft wohl zu, kann mindestens zutreffen. Aber was hat mit der Sozialisierung der Betriebe nichts zu tun, wie es denn auch schon das Bestehen des bisherigen Staates war, sich aus der Tabakindustrie event. durch Monopolisierung Einnahmen zu verschaffen. Möglich, sogar wahrscheinlich ist, daß auch der kommende Staat zu dem Mittel greift, durch Monopolisierung der Tabakindustrie (oder Teile derselben) sein Finanzbedürfnis zu decken, aber selbst wenn dabei die Errichtung der Tabakarbeiter nach allen Richtungen hin verbessert wird, so handelt es sich dabei immer noch nicht um eine rein sozialistische Tat, um die Sozialisierung der Betriebe. Wir sind der Meinung, daß gerade in der Tabakindustrie, vor allem, soweit die Zigarettenherstellung in Frage kommt, die Sozialisierung nicht so glatt möglich sein wird, eben wegen der vielen Kleinbetriebe. Soll die Sozialisierung der Betriebe vor sich gehen, so kann es sich in erster Linie nur um die konzentrierten Industrien handeln. Bei dem Bau eines neuen Gesellschaftsbauwerks fängt man nicht beim Dach an. Im übrigen kann an solche Fragen praktisch ohnehin nur herangegangen werden, wenn gefestigte politische Verhältnisse im Lande bestehen, was gegenwärtig leider nicht der Fall ist.

## Soldaten!

Am Grund der gesetzlichen Bestimmungen haben die zur Entlassung kommenden Heeresdienstnehmer die Berechtigung, sofern sie sich nicht schon vor ihrer Einberufung als freiwilliges Mitglied der Krankenkasse gemeldet hatten, sich innerhalb sechs Wochen nach der Rückkehr als freiwilliges Mitglied zu melden.

Die Meldung muß bei der Krankenkasse erfolgen, welcher der Betroffene vor seiner Einberufung angehört hätte. Die Aufrechterhaltung der Mitgliedschaft ist für jeden von großer Bedeutung, da im Falle der Erkrankung die vollen Leistungen an die Krankenkasse gegeben sind.

Laßt nicht die Frist verstreichen!



Ca. 17000 geformte Wickelformen,

alle erdenklichen Fassons, teils wie neu, zu sehr billigen Preisen am Lager. Fordern Sie Zusendung der Musterbogen.

Heinrich Franck, Berlin N 54.

Rohstoffabteilung, Charlottenstrasse 21, Uferstrasse 76, Uferstrasse 76, Uferstrasse 76.

In der Bekanntmachung des Verbandsvorstandes „An die Besoldungsstellen“ vom 16. Dezember 1918, abgedruckt in Nr. 50 des Tabak-Arbeiter, vom 22. Dezember 1918, muß es im vorletzten Absatz, dritte Zeile nicht heißen: bis 23. 2. 1919, sondern bis 23. 2. 1920.

## Verbandsstell.

Deutscher Tabakarbeiter-Verband.

Karl Deichmann, Vorsitzender, Bremen, Kaulenstraße 58/60, 11 (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32. — Telephonamt Roland 6016. — Bureauzeit von 8 bis 4 Uhr nachm. Für den Verband bestimmte Zuschriften sind an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Kaulenstraße 58/60, 11 (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren. Geld-, Einschreib- und Verschuldungen nur an W. Niederwiesend, Bremen, Kaulenstraße 58/60, 11 (Gewerkschaftshaus), Zimmer Nr. 32. — Bankkonto bei der Bankvereinigung der Groß- einlaufs-Gesellschaft deutscher Kaufmannvereine m. b. H. in Hamburg, Postfachkonto Nr. 5349 beim Postämteramt in Hamburg. Für die Expedition bestimmte Zuschriften sind an Joh. Krohn, Bremen, Kaulenstraße 53/60, 11 (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren. Für die Redaktion bestimmte Zuschriften sind an Gustav Alendorff, Bremen, Kaulenstraße 58/60, 11 (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren. Für den Ausschuss bestimmte Zuschriften sind an R. Schoene, Hamburg, Weisenbinderhof 37, III, Zimmer 45 und 46 (Gewerkschaftshaus) zu adressieren.

Folgende Gelder sind bei mir eingegangen. B. = Verbandsbeiträge.

12. Dezember, Birke B. 15 M., Kriesenheim B. 200 M., 13. Wöbe B. 20 M., 14. Statigart B. 400 M., Grauberg B. 300 M., 14. Berlin B. 200 M., 15. Naim B. 250 M., Karlsruhe B. 100 M., 16. Minden B. 200 M., Schönhausen B. 50 M., Stuttgart B. 500 M., 17. Breslau B. 180,70 M., Baden-Baden B. 1000 M., Heidenheim B. 500 M., Odenkoben B. 60 M., 18. Berlin B. 600 M., 21. Bremen B. 200 M., 19. Dresden B. 1000 M., 20. Dresden B. 400 M., 21. Nöbeln B. 150 M., Kleinamerode B. 100 M., 22. Hamburg B. 500 M., Hamein B. 100 M., 23. Baden-Baden B. 1500 M., 24. Dresden B. 2000 M., Elbeufer B. 300 M.

Da das 4. Quartal beendet, so ersuchen wir die Besoldungsberechtigten die Abrechnung, sowie alle überflüssigen Gelder umgehend einzusenden.

Bremen, den 28. Dezember 1918.

W. Niederwiesend.

## Als verloren gemeldet:

Spremsberg: Das Mitgliedsbuch S II 3237 lautend auf Otto Böhler aus Weiskammer, geb. 4. 2. 1879, eingetreten am 6. 7. 1909, Nr. 2 (S. 587/2 S. 18).  
 Destrinen: Das Mitgliedsbuch S II 57555, lautend auf Emil Bender aus ?, eingetreten am 13. 9. 1913 (S. 581/2 S. 18).  
 Leipzig: Das Mitgliedsbuch S II 95204, lautend auf Martha Schürdel aus Naunhof, geb. 2. 9. 92, eingetr. am 12. 1. 1918 Nr. 2. (S. 608/8 S. 18).  
 Dresden: Das Mitgliedsbuch II 103755, lautend auf Gertrud Gans aus Dresden, geb. 11. 7. 02, eingetreten am 15. 10. 18 Nr. 2. (S. 609/27 S. 18).  
 Dresden: Das Mitgliedsbuch S II 93239, lautend auf Martha Schlegel aus Dresden, geb. 16. 10. 84, eingetreten am 5. 9. 1917, Nr. 2. (S. 618/29 S. 18).

## Adressänderungen:

Hampertheim (b) 1. Ba. Christoff Raab, Kolltstr. 2. Ba. Wllh. Struglen, Luisenstr. 5.  
 Halle a. Saale (8) 1. Ba. Hermann Jäger, Lützenburg (Halle 8) Hallestr. 15.  
 Sprottau (10). Jol. Eyrnbassers, Glogauer-Vorstadt 17, 27b.  
 Bünde (4). 1. Ba. Carl Menke, Südbülgern, Esenmühlenweg 312

## Gestorben:

In der französischen Gefangenenschaft starb am 23. Oktober der Zigarettenarbeiter Ernst Pflüger aus Orléans (Bayerische Rheinl.).  
 Im Lagerort zu Bismarck starb am 24. Oktober der Zigarettenarbeiter Eduard Schwedler aus Bismarck, 34 Jahre alt. Kollege Schwedler war lange Jahre 1. Bevollmächtigter der Zigarettenarbeiter.  
 Am 1. Dezember starb zu Dresden die Zigarettenarbeiterin Emma Schöne aus Dresden, 17 Jahre alt.  
 Am 1. Dezember starb zu Magdeburg die Wirtin Maria Bugeff: Großmann aus Burg b. M., 59 Jahre alt.  
 Am 13. Dezember starb zu Dresden die Tabakfabrikantin Marie Hempel aus Reumtannsdorf, 58 Jahre alt.  
 Am 15. Dezember starb zu Berlin der Zigarettenarbeiter August Biebow aus Prenzlau, 50 Jahre alt.  
 Am 16. Dezember starb zu Magdeburg die Wirtin Maria Auguste Denzath aus Magdeburg, 63 Jahre alt.  
 Am 18. Dezember starb zu Jossen der Zigarettenarbeiter Wilhelm Busch, 33 Jahre alt.  
 Am 18. Dezember starb zu Freuden Ludwig Kretschmer aus Rostheim, nachdem er erst vor fünf Tagen aus dem Felde zurückgekehrt.  
 Am 21. August starb zu Berlin die Zigarettenfabrikantinnen-Genossenschaftlerin Frau Emma Biele, geb. Lumer aus Berlin, 55 Jahre alt.  
 Am 21. Dezember starb zu Gera der Zigarettenarbeiter Johann Singer aus Schallerhof (Bayern), 41 Jahre alt.

Ehre ihren Andenken!

Wünsche allen Bekannten Glück und Gesundheit im neuen Jahre.

Herzlichen Glückwunsches,  
 Rud. Viator.

Herzliche Gratulation unserem lieben Freund und Kollegen Georg Späth zu seiner hundertsten Geburtstag. Die organisierten Kollegen und Kolleginnen der Firma J. Schürer, Würzburg.

L. Sohn & Co., Berlin N. Bismarckstr. 24

Tabakschneider

Elcohnco

Schneidet Tabak und Altpapier, groß, feinst 40-50 kg täglich, transportiert selbständig.

Nr. 5875 Bismarckstr. 24

Telephon 1000

Zigarillos-Formen

Tragant-Ersatz

Arbeitsmesser

Zigarettenband

immer sofort lieferbar

Friedensstraße 24

am Wunach umgehend kostenlos